

irkefabrik, einer Filmkopieranstalt, 30 neuen Betrieben der Bekleidungsindustrie, hat sich die Lage vieler Zweige wurde in die Stellung eines als arbeitsintensive Schlüssel- ern könnte.

ne Erwähnung des Hamburger terindustrie, hat sich die Lage vieler Zweige wurde in die Stellung eines als arbeitsintensive Schlüssel- ern könnte.

wir nicht abschließen ohne auf zwei l und eine die wirtschaftliche Ent- ird allein aus inländischen Quellen ausländisches Kapital nach Deutsch- haft leistungsfähiger zu machen. In- ichtung auf Förderung der Kapital- wirtschaftlichen Probleme mit Aus-

Wiederaufbau

von dem von ihm übernommenen Trümmerhaufen. Von 550 000 Wohnungsbestand waren 30% beschä-

ädigt, nur 179 Schulgebäude blieben

e von 1943 fiel die Zahl auf 14 000. praktisch so gut wie nichts mehr Geleise und Straßen waren beschä-

Hamburg hat aber nicht Verwendung von Trümmern an Ort und der Weg des Abtransportes be- geräumt worden. Die Innenstadt t. Eine besondere Trümmerbahn Grube unterzubringen. Wenn die te aus Trümmerschutt in umfang- es bleiben immer noch Trümmer

Gefahren die Bevölkerung und ins- zu rechnen haben. Immer wieder rlich unter Lebensgefahr entschärf- ipp hat sich um diese Arbeit ver- tern.

Das Sietnetz und die Versorgungs- erung notwendig, das Abwässer- . Die Überbevölkerung der Rand- ist große Probleme der Stadt- icht in den Außengebieten gesund- usen und Deichen mußten sichern.

h Luftangriffe, Bunkerbauten, Bar- dieses Gebiet nahm Hamburg nach iben bereits wesentlich verändert.

Wohnraum sind 1949 bereits wieder wohner aufwies. Durch diese ge- fläche zur Verfügung gestellt wen- de wurden nach der Kapitulation rchgeführt und auch die Wieder- nommen. Daneben mußte die Neu- Wohnungen in ausgebrannten Rui- bereit sind, als erste Dringlich- t nun in größerem Maße anlaufen : stehen.

Nachdem das Grundgesetz die Finanzhoheit des Bundes festgelegt hat, werden die ordentlichen Haushaltsmittel der Hansestadt Hamburg geringer sein als in den Vorjahren. Es drängt sich daher schon für das Jahr 1950 die Frage einer besonderen Finanzierungsquelle für den sozialen Wohnungsbau auf, etwa eine Wohnungsbaubgabe auf Grundlage der Einkommensteuer-Staffelung denn wir dürfen eine rückläufige Bewegung des Wohnungsbaues mit Rücksicht auf die oben geschilderte drangvoll fürchterliche Enge der Bevölkerung nicht dulden. Bei Reduzierung der Wohnungsbautätigkeit, die etwa 40% der gesamten hamburgischen Bautätigkeit ausmacht, würde auch in der Bauwirtschaft eine Arbeitslosigkeit entstehen, die Hamburg bisher als einziges Land vermeiden konnte. Die Hamburger Vollbeschäftigung in der Bauwirtschaft war in den letzten Jahren planmäßig durch den öffentlich geförder- ten Wohnungsbau und die übrigen öffentlichen Bauaufgaben (Strom- und Hafenanbau, Schulen, Krankenhäuser, Ver- waltungsgebäude) herbeigeführt worden. Die öffentlichen Bauaufträge betragen mehr als zwei Drittel der gesamten Bautätigkeit. Es wäre ein Widersinn, wenn angesichts der Hamburger Ruinenfelder Bauarbeiter arbeitslos würden. Diese Lage des Jahres 1949 verdient festgehalten zu werden, und die Zeit wird erweisen, ob Hamburg mit den weiteren Finanzierungsproblemen des Aufbaues fertig wird.

Die bisherige Steigerung des Wohnungsbaues war beachtlich. Schon während der Reichs- markzeit und der Baustoffbewirtschaftung hatte die Baubehörde Wohnungsbau-Schwerpunkte eingerichtet, die bau- stoffmäßig, organisatorisch und durch Zurverfügungstellung von Betriebsstoffen besonders gefördert wurden. Mit Beginn des Jahres 1947 wurde der Baustoffanteil des Wohnungsbaues von 10% auf 35% erhöht. Damit war recht- zeitig die Grundlage dafür gelegt worden, daß sich nach der Währungsreform die gesteigerten Bauleistungen an den richtigen Stellen auswirkten. Die Arbeitsleistung der Bauwirtschaft stieg in wenigen Wochen nach der Wäh- rungsreform von 35% auf 90% der Friedensleistung, dann auf 100%.

Nach der Kapitulation waren bis März 1948 vierzigtausend beschädigte Wohnungen wieder bewohnbar ge- macht worden. Daneben ergaben sich folgende Zahlen über die Erstellung neuer Wohnungen (zum größten Teil, wie gesagt, in den ausgebrannten Ruinen):

bis März 1947 (23 Monate)	2 500 Wohnungen
bis März 1948 (12 Monate)	5 290 Wohnungen
bis März 1949 (12 Monate)	8 615 Wohnungen
bis August 1949 (5 Monate)	5 611 Wohnungen
Insgesamt 22 003 Wohnungen	

Im Monatsdurchschnitt ergibt sich für die obigen Berichtsabschnitte folgende interessante Entwicklung:

bis März 1947	104 Wohnungen monatlich
April 1947 bis März 1948	440 "
April 1948 bis März 1949	718 "
April 1949 bis August 1949	1 102 "

Für das Baujahr vom 1. April 1949 bis zum März 1950 hat die Baubehörde ein Programm von 10 000 Woh- nungen aufgestellt. Im Winter 1949 steht bereits fest, daß dieses Programm erfüllt wird.

Neben diesem Bauprogramm lief und läuft die große soziale Aufgabe der Winterfestmachung von Behelfsheimen. Hier handelt es sich um ein sehr umstrittenes Problem der Nachkriegszeit. Es werden mit öffentlicher Hilfe Behelfsheime, meistens Holzhütten, untermauert und mit einer Steinwand umgeben, um sie auch für den Winter bewohnbar zu machen. Durch diese Aufwendungen, die in die Millionen gehen, werden keine endgültigen Unterkünfte geschaffen. Es ist daher gesagt worden, diese Aufwendungen seien volkswirtschaftlich nicht zu vertreten. Die Baubehörde steht aber auf folgendem Standpunkt: Bei einem Verlust von 300 000 Wohnungen und einer vielleicht erreichbaren Bauleistung von 20 000 Wohnungen im Jahre dauert der Wohnungswiederaufbau 15 Jahre. Viele Behelfsheimbewohner werden daher noch mehrere Jahre auf eine endgültige Unterbringung ver- zichten müssen. Bei dieser Sachlage ist es bei aller Unwirtschaftlichkeit eine soziale Verpflichtung des Staates, die- sen Menschen ihre Unterkunft so herzurichten, daß sie es darin auch im Winter aushalten können.

Eine halb zerstörte Großstadt kann nicht so wieder aufgebaut werden, wie sie war. Dies wäre eine Ver- sündigung gegenüber zukünftigen Generationen. Die Mischlage von Industrie- und Wohngebieten, unzulängliche Verkehrsmöglichkeiten, ungesunde Wohngebiete, unzulängliche Grünanlagen der früheren Jahrzehnte verlangen eine Neuplanung. In Hamburg trat bereits im September 1945 ein Arbeitsausschuß für Stadtplanung zusammen, der aus beamteten und ehrenamtlichen Städtebauern und Architekten bestand. Dieser Ausschuß nahm die Ausarbeitung eines neuen Generalbebauungsplanes in die Hand, der 1948 fertiggestellt wurde. Vertreter des wirtschaftlichen, so- zialen und kulturellen Lebens wurden herangezogen, da die Stadtplanung in alle Lebensbereiche eingreift. Bei der Bearbeitung des Generalbebauungsplanes ergab sich die Notwendigkeit neuer Rechtsgrundlagen für den Aufbau. Es wurde am 31. Juli 1948 ein Entrümmerungsgesetz beschlossen, das die Rechte des Staates und der Grundeigentümer für die Aufräumung zerbombter Stadtteile festlegt. Um auch schon vor Verabschiedung neuer Bebauungspläne die Neubauten auf den späteren mutmaßlichen Plan einstellen zu können, wurde am 28. September 1948 eine „Verordnung über einstweilige Maßnahmen für den Aufbau“ erlassen. Dann folgte am 12. April 1949 die große Arbeit des Aufbaugesetzes, die Rechtsgrundlage für die neuen Aufbaupläne, sozusagen die Verfassung des Städtebaues.

Auf dieser Rechtsgrundlage ist alsdann der Aufbauplan der Hansestadt Hamburg ausgearbei- tet worden, der in diesen Tagen in der Bürgerschaft beraten wird. Er stellt einen Flächennutzungsplan dar, in wel- chem über den gesamten hamburgischen Raum disponiert werden soll. Der Grundgedanke des Aufbauplanes ist die Aufgliederung der Stadt in Stadtlandschaften, die mit Grüngürteln gegeneinander abgegrenzt bzw. miteinander verbunden sind. Diesen Grundgedanken vertrat bereits der frühere Oberbaudirektor der Hansestadt, Professor Schumacher, in seinem Vortrag vom 10. Oktober 1945, in welchem er sagte:

„Man könnte sagen, daß sich die Großstadt auflöst in ein Knollengebilde von Mittelstädten, die ihrer- seits wieder in kleinstädtische Gemeinden zerfallen, wenn nicht das weitere Ziel bestände, durch die beson- dere Kunst der städtebaulichen Anordnung, trotz der Gliederung in solche lebendige Zellen mit eigenen Le- benskräften, das Ganze schließlich zusammenzuhalten zu einem Gebilde, das seine spezifische Eigenart als große Kulturbewahrer behält.“

Denn alle diese Einzelheiten bleiben bei der Schöpfung, die einem vorschwebt, verbunden mit dem Zentralkern, der alles das beherbergt, was der „Großstadt“ ihre kulturbildende Kraft verleiht; den großen Organisationen von Handel, Gewerbe und Industrie, den Schatzkammern der Wissenschaft und Künste, den Baulichkeiten, in denen sich außergewöhnliche Feiern der Musik, der Dichtung und der Äußerungen des Geistes entfalten lassen.“

Die jetzige Aufbauplanung liegt in der Hand eines kongenialen Städtebauers, Professor Oelsner, der im Sinne der Schumacherschen Gedanken in seinen Bemerkungen zum Aufbauplan ausführt: